

GÖTTINGER BLÄTTER

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ G6Linke

März
2024

Geopolitische Rivalität, Krieg und europäische Souveränität. Wege zum Frieden.



Vortrag von **Dr. Erich Vad**

Brigadegeneral a. D.

Ehemals militärpolitischer Berater von Kanzlerin Merkel



13. März 2024 - 19:00 Uhr
Historisches Gebäude der SUB Göttingen
Alfred-Hessel-Saal (Papendiek 14, 37073 Göttingen)

IPPNW Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Regionalgruppe Göttingen

Osteraktion des Göttinger Friedensforum:

Samstag, 30. März 2024,

Nabel, Weender Str.

Mit Redebeiträgen zu:

Militarisierung der Bundesrepublik

Politischer Umgang mit Flüchtlingen

Krieg im Gaza und Weiteres



LEG: Stadtrundgang und Mieter*innenversammlung

Um dem Unmut der Mieter*innen in Grone etwas entgegenzusetzen, hat die LEG am Donnerstag, 7. März sowohl einen Stadtrundgang als auch um 16.30 zu einer Mieter*innenversammlung in die Mehrzweckhalle Grone eingeladen. Dazu sind umfangreiche Aufräum- und Säuberungsaktionen in den letzten Wochen im Stadtteil angefallen. Mehr Infos auf der Grobian-Seite

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblaue_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Wege zum Frieden	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2024
ist der 21. März.
Auslieferung 25. März

Veranstaltungen

13. März, Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, 19.00 Uhr:

Plenum des Göttinger Friedensforum

Mehr Infos unter: goettinger-friedensforum@lists.posteo.de

13. März Alfred Hessel Saal, Papendiek 14, Uhr

Vortrag Dr. Erich Vad

s. nebenstehende Ankündigung

15. März, Jona-Gemeinde Grone, 18.30 Uhr:

Winterkino Grone: „Klassischer Komponist besucht Brasilien“

Mehr Infos auf der Seite von Grobian

21. März., Kleiner Ratskeller, Jüdenstr. 30

Deborah Azcuy Carrillo berichtet aus Cuba! Deborah Azcuy Carrillo arbeitet beim Institut für Völkerfreundschaft

(ICAP) in Cuba

Mehr Informationen auf der Seite der Freundschaftsgesellschaft

24. März: Lokhalle ab 10.00 Uhr

Protestaktion gegen die Bundeswehr auf dem GöBit

Mehr Infos: friedensforum@lists.posteo.de

30. März, Nabel, Weender Str., 12.00 Uhr
Osteraktion des Friedensforums



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Erneut behindert die ungarische Polizei Proteste gegen Nazi-Event „Tag der Ehre“

- Pressemitteilung der VVN-BdA Bundesvereinigung vom 12. Februar 2024

Wie in jedem Jahr am Wochenende um den 11. Februar trafen sich auch (am Samstag, 10.02.2024; Anm. d. Red.) tausende Neonazis aus ganz Europa zum sogenannten „Tag der Ehre“ in Budapest. In diesem Jahr nahmen deutlich mehr Neonazis teil als in den Vorjahren.



Nachdem die Stadt die ursprüngliche für den Vormittag geplante Kundgebung der Neonazis im Városmajor-Park verboten hatte, trafen sich hunderte Neonazis unter den Augen der Polizei zu einem angeblich spontanen Flashmob in der Budapester Innenstadt und führten eine den Faschismus glorifizierende Kundgebung durch. Am Nachmittag trafen sich weitere Neonazis in Militärkleidung und ausgestattet mit faschistischen Emblemen auf der Budapester Burg und starteten von dort ihren als „Wanderung“ betitelten Marsch in den Budapester Stadtwald.

Gegen diese Neonazi-Veranstaltungen richtete sich ein breiter Protest. Am Vormittag fand eine Kundgebung am Holocaustmahnmal am Donau-Ufer statt, die von den Mitgliedsverbänden der FIR (Measz, VVN-BdA, KZ-Ver-

band, ANPI) und den sozialdemokratischen Freiheitskämpfern aus Österreich getragen wurde. Dort sprach auch die Holocaustüberlebende Katalin Sommer.

Am Nachmittag gab es in unmittelbarer Nähe zur neonazistischen „Wanderung“ eine antifaschistische Demonstration mit bis zu 400 Teilnehmer*innen. Im Gegensatz zu den Nazi-Aktivitäten begleitete die ungarische Polizei diese Demonstration sehr eng. Dauerhaftes Abfilmen der Demonstrant*innen, der Einsatz von Hunden und wiederholtes Hineingehen von Polizist*innen in die Demonstration machten deutlich, dass der ungarische Staat gezielt versucht antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren.

Bereits im Vorfeld hatte die ungarische Polizei einen vom österreichischen KZ-Verband, den österreichischen Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern und der VVN-BdA organisierten Bus antifaschistischer Aktivist*innen aus Deutschland und Österreich auf der Strecke angehalten. Obwohl die ungarische Polizei wusste, dass die Busreisenden zur Teilnahme am gemeinsamen Gedenken an die Opfer des Holocaust nach Budapest fahren, veranlasste sie eine Identitätsfeststellung und filmte und fotografierte sämtliche Personen. Ein Aktivist wurde sogar gezwungen sein Telefon zu entsperren und die Polizei las dessen Gerätenummer aus.

Bei der Durchsichtung des Busses wurden auch sämtliche Materialien (Fahnen, Zeitungen, Schilder, Aufkleber etc.) abfotografiert. Selbst der Gedenkkranz der VVN-BdA wurde untersucht und abfotografiert. Augenscheinlich war für die ungarische Polizei alles verdächtig, was mit dem Begriff Antifaschismus in Zusammenhang stand.

Termine:

Dienstag, 19. März 24, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelmplatz, Göttingen.

*Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.*

Die Ereignisse vom 10. Februar in Budapest machen deutlich, wie nötig internationale antifaschistische Arbeit und Vernetzung sind. Die nationalistische Orbán-Regierung in Ungarn hofiert weiter Neonazis und verfolgt weiter ihre Strategie der Kriminalisierung antifaschistischer Engagements. Internationale antifaschistische Kooperation und Unterstützung sind deshalb auch in Zukunft wichtig, damit der Protest gegen eines der wichtigsten „Events“ der europäischen Nazi-Szene möglich und sichtbar bleibt. Die VVN-BdA wird auch weiterhin die Proteste gegen diese geschichtsrevisionistische und NS-verherrlichende Veranstaltung in Budapest unterstützen.



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

12. März, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



▶ Besuch aus Cuba:

Deborah Azcuy Carrillo



Déborah Azcuy Carrillo arbeitet beim Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) in Kuba hat bereits drei Jahre lang als erste Sekretärin der Botschaft der Republik Kuba in Berlin das Büro für Presseangelegenheiten geleitet und war Ansprechpartnerin für die Kuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland

Debora wird berichten, wie das System der beruflichen Bildung im Rahmen der neuen ökonomischen Bedingungen in Cuba aussieht; Bildung zum Beruf und im weiteren Berufsleben. (Stichwort: Lebenslanges Lernen). Sie wird mit uns aber auch über alle anderen aktuellen Fragen und Probleme im „lockeren Rahmen diskutieren.

Auf ihrer Reise von Berlin nach Leipzig, Belgrad, Wien, Paris ... macht sie Station bei uns in Göttingen:

Donnerstag, 21. März 19.00 Uhr



Kleiner Ratskeller, Judenstr. 30



EINE MILLION UNTERSCHRIFTEN.

Für die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Unterstützer des Terrorismus und ein bedingungsloses Ende der Blockade.

Aufruf:

Kuba lebt und leistet Widerstand!

Homepage:

CUBA VIVE Y RESISTE !

▶ Länder wegen

UN-Experten haben sich mit der US-Regierung in Verbindung gesetzt, um sie erneut aufzufordern, ihren nationalen Rahmen zu überprüfen, der gezielte Sanktionen gegen Staaten vorsieht, die als Sponsoren des Terrorismus bezeichnet werden

Autor: Redacción Internacional | informacion@granmai.cu

Die durch diese Liste auferlegten zusätzlichen Beschränkungen, die auch die Demokratische Volksrepublik Korea, den Iran und Syrien betreffen, „stehen im Widerspruch zu den Grundprinzipien des Völkerrechts, einschließlich des Grundsatzes der souveränen Gleichheit der Staaten, des Verbots der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und des Grundsatzes der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten“, heißt es in einer von der UNO auf ihrer Website veröffentlichten Erklärung. Sie weisen auch auf das „unklare und intransparente“ Ausweisungsverfahren und die Art und Weise hin, in der die

US-Gesetzesinstrumente die Angst schüren, humanitäre Maßnahmen behindern, was insbesondere die Länder betrifft, die bereits anderen einseitigen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sind. Darüber hinaus forderten sie eine umfassende Überprüfung des derzeitigen Rahmens für diese Einstufungen, die gemäß der UN-Charta in die Zuständigkeit des UN-Sicherheitsrats fallen sollten.



7. Afrikanisches Kontinentaltreffen der Solidarität mit Kuba

In Mbombela, Südafrika, fand vom 15. bis 17. Januar 2024 das 7. Afrikanische Kontinentaltreffen der Solidarität mit Kuba statt.

An dem Solidaritätstreffen nahmen 245 Delegierte aus 28 Ländern teil. Unter den Anwesenden befanden sich Mitglieder politischer Parteien und Solidaritätsgruppen der Polisario-Front, Südafrikas, Simbabwe, Namibias, Senegals, Ägyptens, Chinas, der Vereinigten Staaten, Irans, Mosambiks und Botswanas, um nur einige zu nennen.

Die kubanische Delegation, die unter dem Motto „Afrikas globales Engagement für die kubanische Revolution“ stand, wurde von Fernando González Llord, Held der Republik Kuba und Präsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP), geleitet. Außerdem traten mehrere Arbeitskommissionen zusammen, um die Geschichte der kubanischen Revolution und ihren Beitrag zum internationalen Kampf für eine gerechtere und ausgewogenere Weltordnung zu diskutieren.

Den ganzen Artikel lest Ihr unter:
www.fgbrdkuba.de



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

▶ Wahl ohne Kampf

Über den Aufruf des DGB zum Internationalen Frauentag
Artikel aus Unsere Zeitung vom 16. Februar 2024

Der Aufruf für den Internationalen Frauentag des DGB steht unter dem Motto „Europawahl 2024: Demokratie stärken! Frauen wählen!“ Im Aufruf wird auch auf die in neun Bundesländern anstehenden Kommunalwahlen verwiesen und dazu aufgerufen, „die demokratischen Kräfte zu stärken“.

Die Ziele der Rechtspopulisten werden im DGB-Aufruf treffend beschrieben: „(W) o rechtspopulistische und nationalistische Kräfte an der Macht sind, geraten mit der Demokratie auch die Frauenrechte in Bedrängnis. Antifeminismus und sexistische Hetze im Netz gehen einher mit einem Rückfall in überholte Rollenzuschreibungen und Strukturen, die Frauen benachteiligen.“

Im Aufruf wird allerdings behauptet, die Gleichstellung gehöre zu den „Grundwerten der Europäischen Union“ und „als Motor für Gleichstellung“ trage die EU „maßgeblich dazu bei, dass ihre Mitgliedstaaten die Benachteiligung von Frauen abbauen, die Gesundheit von Frauen schützen und ihr Recht auf Selbstbestimmung stärken“. Europa wird mit der EU gleichgesetzt, als sozial und gerecht dargestellt und die „europäischen Grundwerte“ als schützenswert. Darauf sollten wir einen genauen Blick werfen.

Die EU steht für Maßnahmen zur Senkung des Reallohns, Deregulierung der Arbeitszeiten und Anhebung des Rentenalters. Über Vorschriften schränkt sie öffentliche Investitionen ein, untergräbt die Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen und sozialer Aufgaben des Staates wie Gesundheitsversorgung, Bildung, soziale Sicherheit, Wohnungsbau, Kultur oder Wissenschaft. Liberalisierung und Privatisierungen werden gefördert. Die Frage muss gestellt werden, was daran sozial, gerecht, schützenswert sein soll. Wo dient die EU hier den Interessen der Frauen und der Gleichstellung?

Schauen wir uns die zwei Richtlinien näher an, auf die im Aufruf positiv Bezug genommen wird: Die Vereinbarkeitsrichtlinie soll die Rolle der Väter stärken und die gerechte Verteilung von Familienarbeit fördern. Sie legt Mindestrechte fest. Das betrifft den Vaterschaftsurlaub anlässlich der Geburt eines Kindes sowie den Anspruch auf mindestens vier Monate Elternurlaub, von denen mindestens zwei angemessen

vergütet werden müssen. Des Weiteren ist in der Vereinbarkeitsrichtlinie ein Urlaubsanspruch von fünf Arbeitstagen pro Jahr für pflegende Angehörige festgelegt. Darüber hinaus sind Regelungen für flexible Arbeitszeiten für Eltern und pflegende Angehörige und ein Rechtsschutz vor Diskriminierung und Kündigung für diejenigen vorgesehen, die Urlaub aus familiären Gründen nehmen müssen. Die Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie obliegt den Regierungen der EU-Mitgliedsländer. Die darin vorgesehenen Regelungen gelten also nur, wenn die nationalen Regierungen entsprechende Gesetze verabschieden.

Die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland scheitert aber nicht an einer fehlenden nationalen Gesetzgebung. Was fehlt, sind die entsprechenden Rahmenbedingungen, die es braucht, um eine gerechte Verteilung von Familienarbeit überhaupt zu ermöglichen. Dazu gehören wesentlich ausreichende Kinderbetreuungsplätze – in Deutschland fehlen 400.000 Kita-Plätze. Dazu gehört aber auch ein Bildungssystem, das seiner Verantwortung gerecht wird, sowie ein höheres Elterngeld, damit sich Eltern ihre „Auszeit“ auch leisten können. Eine weitere wesentliche Voraussetzung sind höhere Löhne und Lohngleichheit für Frauen. Die „typisch weiblichen“ Berufsgruppen werden weiterhin weitaus schlechter entlohnt und müssen dringend aufgewertet werden. Dazu gehört unter anderem die Altenpflege, die aufgewertet und ausgeweitet werden muss, damit sie für eine wirkliche Entlastung der meist weiblichen pflegenden Angehörigen sorgen kann. Und genau zu diesen drängenden Fragen steht weder etwas Konkretes in den Richtlinien, noch im Umsetzungsgesetz, noch im Aufruf des DGB.

Eine weitere Richtlinie, mit der die EU laut DGB „unverzichtbare Impulse“ liefere, ist die Entgelttransparenzrichtlinie von 2023. Diese „verpflichtet Arbeitgeber zur Lohntransparenz, damit der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit‘ endlich Wirklichkeit wird“, wie es im DGB-Aufruf heißt. Sie soll Unternehmen zur Lohntransparenz verpflichten, also erweiterte Auskunftsansprüche und Berichtspflichten sowie Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskrimi-

Mitgliederversammlungen

Februar 24

Dienstag, 5. März

Dienstag, 19. März

Das Thema der Versammlung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

nierung. Auch hier müssen in den Mitgliedstaaten die erforderlichen Konzepte selbst entwickelt werden, um den Wert der Arbeit zu ermitteln und vergleichen zu können. Das Entgelttransparenzgesetz in Deutschland gibt es seit 2017. Die EU-Richtlinie führt hier deshalb zu keinem konkreten Handlungsbedarf für den Gesetzgeber.

Sowohl die nationale Gesetzgebung als auch die EU-Richtlinie beinhalten lediglich individuelle Klagerechte. Mitbestimmungsrechte für den Betriebs- oder Personalrat fehlen. Deshalb stellt sich die Frage: Wie viele Frauen werden ihre Unternehmensleitungen verklagen? Wie sind die Erfolgsaussichten dieser Klagen?

Laut Equal-Pay-Studien liegt die Lohndifferenz 2023 immer noch bei 18 Prozent. Der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen hat sich also seit 2020 nicht verändert, davor nur in Trippelschritten. Es muss die Frage gestellt werden, was solche Gesetze bringen. Damit der Grundsatz „gleicher Lohn für

gleiche und gleichwertige Arbeit“ Wirklichkeit wird, wie es der DGB fordert, braucht es mehr Druck seitens der Gewerkschaften durch Kampagnen und Aktionen. Appelle, wählen zu gehen, reichen hier offenbar nicht.

Der Aufruf des DGB zum Internationalen Frauentag ist Ausdruck einer fehlenden kritischen Haltung gegenüber Regierenden. Die krisenverschärfende und kriegstreibende Politik von EU und Bundesregierung wird weitgehend mitgetragen, auf eigene klare Forderungen und Ziele zur Veränderung der Arbeits- und Lebenssituation der Frauen wird verzichtet. (ch)

GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Weitere Informationen für die LEG – Mieter*innen!

Nachdem nun rd. 500 (von 1.100!) Mieter*innen der Prüfgemeinschaft beigetreten sind und diese per Einschreiben bei der LEG angemeldet wurden, hat sich – außer im „Pressewald“ - ja auch in Rat und Ortsrat einiges bewegt: Auch die SPD, die zuvor allen Plänen von ADLER und LEG zugestimmt hatte, hat nun ihr Herz für die Mieter*innen entdeckt und überschlägt sich mit Anträgen und Vorschlägen.

Die LEG – zuvor schon im Rat „auf der Anklagebank“ – geht jetzt in die Offensive und lädt zu einer Versammlung der Mieter*innen ein (s. Text grüner Kästen).

Der z.Zt. vorherrschende Vorschlag der LEG: Die Mieter*innen, die die horrenden Nachzahlungen nicht bezahlen können, mögen sich die Knete doch bitte vom Sozialamt, also vom Staat, holen! Wichtig: Hauptsache, die Kohle für die Aktionäre stimmt!

Nun heißt es also: Der hochspekulative Gaspreis - Vertrag, den die ADLER noch verbraucht hat und den die LEG tatsächlich übernehmen musste, soll nun von den Mieter*innen ausgedadelt werden. Und diese müssen den Gürtel einfach mal etwas enger schnallen.

Dass ja auch mal die Aktionäre ihren Gürtel etwas enger schnallen könnten, das ist noch keinem eingefallen – das kommt in unserem Rechtssystem nicht vor!

Aber das ist ja eine Frage, die bei der Mieter*innenversammlung gestellt werden wird. (gs)



Nebenkostenabrechnungen der LEG für 2022

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn in Grone!
Fast 500 Mieter*innen werden sich gegen die Nebenkostenabrechnungen der LEG gemeinsam wehren. Sie sind inzwischen Mitglied der Prüfgemeinschaft geworden. Die Prüfgemeinschaft vertritt die Interessen der Mieter*innen gegenüber der LEG und fordert Einsicht in die Belege. Bis diese nicht vorgelegt und geprüft worden sind, müssen die hohen Nachforderungen nicht bezahlt werden.

Der Prüfgemeinschaft können Sie noch jederzeit beitreten: Im Nachbarschaftszentrum in Grone. Am Mittwoch von 17.00 bis 18.00 Uhr berät Sie dort ein Mitglied vom Prüfungsausschuss.

Text der Prüfgemeinschaft an die LEG:

„Wir unterzeichnenden Mieter*innen in Göttingen Grone haben uns zu einer Prüfgemeinschaft zusammengeschlossen, um Ihre Nebenkostenabrechnung für die Abrechnungsperiode 2022 zu überprüfen. Zur Überprüfung haben wir einen Prüfungsausschuss bestimmt. Bis zum Abschluss der Prüfung der vollständig vorgelegten Originalbelege machen wir von unserem Recht Gebrauch, die Nachforderungen aus Ihren Abrechnungen zurückzubehalten. Auch führen die Abrechnungen bis zum Abschluss der Prüfung nicht zu einer Erhöhung der laufenden Vorauszahlungen. Zahlungserinnerungen zu den zurückbehaltenen Beträgen weisen wir vorsorglich als unbegründet zurück.“

Neues von der LEG: In der Sondersitzung im Ratssaal am 30. Januar 2024 hat die LEG dargelegt, dass die hohen Nebenkosten für Energie durch einen Risikovertrag bei Enercity entstanden sind. Das Gas wurde an der Börse zu Höchstpreisen gehandelt, das müssen nun jetzt die Mieter*innen zahlen.

Die LEG wird die Mieter*innen

am 7. März 2024 um 16:30 Uhr in die Mehrzweckhalle in Grone, Backhausstraße 14, zu einer Informationsveranstaltung zu den Nebenkosten für das Jahr 2022 einladen und vorher keine neuen Rechnungen rauschicken und nicht mahnen.

Es gilt weiter: Werden Sie Mitglied der Prüfgemeinschaft, um sich vor den Forderungen zu schützen. Bitte informieren Sie uns, wenn Sie Post der LEG erhalten.

Per Mail an: in-grone@web.de

Mietertelefon: 0177 8725298

WhatsApp *Schönes Grone* (Aufnahme in den Chat durch eine SMS an das Mietertelefon)

Wichtig für Sie als Mieter*in:

1. Das **Lastschriftverfahren (SEPA) kündigen**, damit die LEG nicht die Nebenkosten und die erhöhte Miete abbuchen kann. **Das muss schriftlich passieren.**

Adresse der/s Mieters/in

An die
LEG Wohnen NRW GmbH
Postfach300755
40407 Düsseldorf
Mieternummer: XXX

Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit widerrufe ich meine Einzugsermächtigung für IBANXXX bei XX Bank mit sofortiger Wirkung. Ich bitte um schriftliche Bestätigung.
Unterschrift

2. Was ist unbedingt zu beachten? Die bisher gezahlte Miete und die bisherigen Nebenkosten müssen weitergezahlt werden. Wir empfehlen, einen Dauerauftrag in Höhe der bisherigen Mietkosten einzurichten. Abbuchungen können noch nach 8 Wochen zurückgebucht werden. Dafür zuständig ist Ihre Bank.

Das Winterkino Grone

15. März 2024

„Klassischer Komponist besucht Brasilien“ ...“

Die Geschichte eines Mannes und seiner Liebe zu Bachs Musik, eines

Kampfes mit den eigenen Dämonen und vor allem eine Geschichte über Freundschaft. Marten ist ein ehemaliger Hornist, der in der Kleinstadt Bückeburg in Niedersachsen ein eigenbrötlerisches Leben lebt.



Die barrierefreien Vorstellungen beginnen um 19.00 in der JONA-Gemeinde, Deisterstraße (Eingang gegenüber dem NBZ) Einlass 18.30 Uhr / 2,00 Euro für einen Verzehrbon / (Getränke & kulinarische „Filmhäppchen“ werden gereicht



Linke für Vernunft und
Gerechtigkeit

im Kreistag Göttingen

▶ Was macht eigentlich die AfD?

Anders als im Göttinger Stadtrat sind für die AfD gewählte Mandatsträger bereits seit 2016 im Göttinger Kreistag vertreten.

2016 waren dies mit einem Ergebnis von 5,35% immerhin vier Kreistagsabgeordnete. Es kam dann zur Bildung einer dreiköpfigen Fraktion, der vierte Kreistagsabgeordnete Philipp Göthel wurde aufgrund seiner früheren Nähe zu militanten Nordhäuser Nazistrukturen nicht in die AfD-Kreistagsfraktion aufgenommen. Auch die übrigen drei Kreistagsabgeordneten kamen nicht wirklich miteinander klar. Der Versuch der übrigen beiden AfD-Kreistagsabgeordneten Gabriele Kesten und Frank Rathmann die zeitweilige Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Dana Guth (bis September 2020) aus der Kreistagsfraktion auszuschließen scheiterte an der Nichteinhaltung von Ladungsfristen, woraufhin Kesten und Rathmann eine Fraktion Unabhängige Mandatsträger Göttingen gründeten. Ansonsten fielen diese Mandatsträger vor allem durch Schweigen und Nichtstun auf. Nur hin und wieder wurden Kreistagssitzungen und Ausschüsse besucht. Am faulsten war Guth, die keinerlei Ausschuss mehr innehatte und die Kreistagssitzungen bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr besuchte.

Und in dieser Wahlperiode?

Dies gibt es wirklich nur in der AfD: Der nicht in die Fraktion aufgenommene Philipp Göthel wurde erneut für den Kreistag aufgestellt und gewählt. Aufgrund deutlicher Stimmenverluste gab es bei der Kreistagswahl im September 2021 mit 3,28% nur noch zwei Sitze, wobei Göthel Vorsitzender einer Fraktion mit Rathmann wurde.

Über Rathmann gibt es nicht viel zu vermelden: Ihn sieht man kaum und selbst, wenn er mal da ist, hört man ihn nicht. Auch in Herzberg, wo er seit 2016 im Stadtrat und in dieser Wahlperiode als Einzelmitglied ist, fällt er vor allem durch ständige Abwesenheit auf. Göthel ist da interessanter. Auch er ist kommunalpolitisch nicht gerade

die große Leuchte. Aber er nimmt immerhin an den meisten Kreistagssitzungen und auch hin und wieder an Ausschusssitzungen teil und ist bemüht sich ab und zu an der Debatte zu beteiligen, wobei seine Beiträge recht einfach gestrickt sind. Ihm fehlt da einfach Detail- und Fachwissen. In den Schlagzeilen ist er sehr zu seinem Verdross vor allem aufgrund seiner Vergangenheit in einer militanten Nordhäuser Hooligangruppe, die mutmaßlich zwischen 2005 und 2010 90 Straftaten verübt hatte wie erst am 13. Februar diesen Jahres der Harzkurier berichtete. Besagte Gruppe hatte laut GT vom 20.10.2016 enge Kontakte zum NPD-Kreisverband und war 2004 auch an einem Überfall auf ein türkisches Bistro beteiligt, wobei Göthel als 17jähriger dabei gewesen sein soll.

Solche Berichte zu seiner Vergangenheit in der lokalen Presse nach seiner Wahl im Herbst 2016 hatten damals dazu geführt, dass er nicht in die AfD-Kreistagsfraktion aufgenommen wurde. 2016 war dies zu peinlich, fünf Jahre später nicht mehr. Auch soll Göthel Kontakt zum Frontmann des extremen „Flügels“ Björn Höcke haben wie ein dem Harzkurier laut aktuellen Bericht vorliegendes Foto nahe legt.

In seiner Heimatgemeinde Walkenried bemüht sich Göthel bisher durchaus erfolgreich um Anschluss an normale bürgerliche Kreise, so ist er stellvertretender Vorsitzender des Harzklub Zorge, wobei er jetzt auch dort aufgrund seiner Vergangenheit Probleme bekommt.

Kurioser Höhepunkt der AfD-Kreistagsarbeit war übrigens ein Antrag (der einzige in dieser Wahlperiode überhaupt) zur Kreistagssitzung am 4.10.2023 mit dem Titel „Insektenfreies Essen“: Der Landkreis solle sicherstel-

Kontakt

**Linke für Vernunft
und Gerechtigkeit
im Kreistag Göttingen**

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
www.wastun-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



len, „dass in Landkreis Einrichtungen mit Essensversorgung die Gerichte keine Insekten, in welcher Form auch immer, enthalten“ (Rechtschreibfehler wie im Original). Begründet wurde dies u.a. damit, dass die EU es seit einigen Monaten ermögliche, Nahrungsmitteln Insekten wie Grillen, Käfer „und anderes Ungeziefer“ beizumischen, was den „mitteleuropäischen Ernährungstraditionen“ widersprechen würde. Die anderen Fraktionen sorgten dafür, dass der Antrag nicht behandelt wurde. (vgl. GöBlä 11/2023)

Wirklich wichtig ist für die AfD Kommunalpolitik sowieso nicht: Auf der facebook-Seite des Kreisverbandes sind zumindest im letzten halben Jahr praktisch ausschließlich Beiträge von Funktionsträgern und Mandatsträgern auf Bundes- oder Landesebene verlinkt.



Demo gegen die AfD

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Partei die Linke verlässt die Wähler*innengemeinschaft

▶ Erklärung des SprecherInnenkreises der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Der SprecherInnenkreis der „Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke“ bedauert den Schritt der Partei Die Linke, Göttingen / Osterode, ausdrücklich! Dieser Schritt ist allerdings nicht allzu überraschend, weil er innerhalb der Partei Die Linke bereits seit längerem diskutiert wurde.

Dieses Bündnis besteht in seinen Grundzügen bereits seit 1991 (Linke Liste Göttingen), wurde aber im Jahr 2001 bereits einmal von der damaligen PDS verlassen. Seit 2006 wurde es als „Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke“ weitergeführt und ist seitdem im Rat der Stadt wie auch in zwei Ortsräten vertreten.

Die Politik der letzten Jahre / Jahrzehnte, beweist, dass dieses Bündnis ein wesentliches Mittel linker Politik ist, Einfluss auf kommunale Themen zu nehmen. Im Beschluss der Partei Die Linke heißt es: „Viele unserer Mitglieder sahen im Bündnis ein wichtiges Mittel, um vor Ort das Leben der Menschen zu verbessern“. Das bedeutet aber ja auch, dass andere Mitglieder dies nicht so sahen und nun die Mehrheit in der Partei Die Linke bilden.

Weiter aus dem Beschluss der Partei Die Linke: „Jetzt ist allerdings die Zeit eines Neuanfangs gekommen.“ Wir bedauern vor allem, dass dieser Neuanfang zuallererst die Aufkündigung der – kommunalpolitischen – Einheit der Linken bedeutet. Diese Einheit hatte in der Vergangenheit die konstruktive Arbeit der Stadtratsfraktion gewährleistet. „In den kommenden Monaten wird Die Linke damit beginnen, ihre diesbezügliche Arbeit neu auszurichten“. Wir fragen, in welche Richtung wird sich dieser Neuanfang entwickeln soll?

Zur in der Begründung des Antrages angesprochenen Frage der „Aufnahme von Unterstützer*innen (und später) Mitgliedern des Bündnisses Sahra Wa-

genknecht“ wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss seitens der Partei Die Linke beantragt. Die Mehrheit der Kreismitgliedersammlung der „Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke“ im Dezember 2023 sah sich nicht in der Lage, über einen solchen Antrag zu entscheiden, weil ein aussagekräftiges Programm dieser Partei nicht vorliegt. Ein solches könnte in einer offenen Diskussion analysiert werden. Im Übrigen sind einige Unterstützer*innen des BSW seit vielen Jahren Mitglieder der „Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke“ und haben an deren Wahlprogramm mitgearbeitet. Und ja: Einige dieser Menschen waren zuvor Mitglieder der Partei Die Linke!

Unsere Mitgliederversammlung hatte beschlossen, auf der Grundlage eines Programms des BSW eine Diskussion über das beantragte Thema zu führen und diese in den kommenden Monaten zu beschließen. Diesem demokratischen Prozess entzieht sich – bedauerlicherweise – die Partei Die Linke mit Ihrem Beschluss.

Wir werden unsere Beschlüsse ernst nehmen und unsere Ratsfraktion sowie

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Rieke Wolters, Dr. Gülsan Yalçın

Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:
Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:
Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Ortsratsabgeordneten maximal unterstützen. Und wir begrüßen, dass auch die Partei Die Linke mit den gewählten Ratsdamen und –herren weiterhin eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten will.

Der kommunalpolitische Arbeitskreis goes Grone:

Der Kampf gegen die LEG – Was bedeutet das für die Kommunalpolitik

Der „KompolAK“ wird die Grobiane und die Aktivist*innen dieser Auseinandersetzung besuchen und sich ein Bild machen. Und es soll diskutiert werden, wie Rats- und Ortsratspolitik hier strategisch agieren kann.

Die Grobiane tagen am

Mo., 11. März, 19.00 Uhr, Jona-Gemeinde (Eingang Deisterstr.)

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Pressemitteilung vom 31.01.24 zur LEG

Zockerei an der Gasbörse beim Contracting zwischen Immobilienkonzern und Energielieferant zu Lasten einkommenschwacher Mieter*innen

In der Sondersitzung vom 30.01.24 mit Abgeordneten aus den Sozial- und Bauausschüssen wurde das Thema der astronomischen Nebenkostenabrechnungen der LEG behandelt. Verwaltung und Mitarbeiter*innen der LEG haben jeweils Statements zum städtebaulichen Vertrag und den versandten Rechnungen für die Nebenkosten 2022 abgegeben. Neue Information war, dass selbst nach Prüfung der Nebenkosten durch die LEG nur sehr kleine Änderungen in den Abrechnungen durchgeführt wurden. Weiterhin bestätigt LEG, dass die Kosten aus geschlossenen Verträgen zwischen Adler und Encicity entstanden sind. Die Adler Real Estate hatte damals langjährige Verträge mit dem Energielieferanten Encicity aus Hannover geschlossen, welche die LEG übernehmen musste.

„Sowohl Adler als auch die LEG hätten ahnen können, dass ein Risikogeschäft an der Börse auch nach hinten losgehen kann. Gerade bei der Vermietung von Immobilien in einkommenschwachen Gebieten wie in Grone tragen Immobilienkonzerne eine soziale Verantwortung. Hier wurden spekulative Verträge zu Lasten der Mieter*innen geschlossen und es muss überprüft werden, ob das rechtens war“, kommentiert Karlheinz Paskuda, der für die Göttinger Linke Ratsfraktion in den Aufsichtsrat der Städtische Wohnungsbau GmbH entsandt ist. „In Hannover sollte genauestens geprüft werden, wieso das kommunale Energieversorgungsunternehmen überhaupt solche Verträge eingeht, bei denen das Risiko der hohen Preise bei den Endverbraucher*innen liegt“, fügt Paskuda hinzu. Der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann betont dazu: „Die LEG hat zwar die Verträge von Adler übernehmen müssen, aber ohne das Engagement von Mieter*innen in Grone wären die horrenden Abrechnungen für 2022 gar nicht aufgefallen. Auch in der Vergangenheit hat man der LEG zu viel durchgehen lassen - von den sachkundigen Mieter*innen wurden im Ausschuss mehr als ausreichend Beispiele dafür gegeben, warum die LEG ihre Verantwortung regelrecht ignoriert“. Mit Blick auf die Aussagen der LEG, dass die Auswirkungen des Ukraine-Krieges ausschlaggebend für die aktuellen Nebenkostenabrechnungen seien, fügt er hinzu: „Es gibt auch aus der längeren Vergangenheit genügend Beispiele dafür, dass die LEG nicht das Potential dafür besitzt, verantwortungsvolle Vermietungen anzubieten. Als Stadt müssen wir uns gegen die Machenschaften solcher Investor*innen wehren“.

Wird das Junge Theater saniert?

Bereits 2018 hatte der damalige Oberbürgermeister Köhler angewiesen, dass das Junge Theater aus dem Otfried-Müller-Haus ausziehen muss, um eine Sanierung durchzuführen. Im Sommer 2019 zog das gesamte Theater aus ihren Räumlichkeiten aus und es ging in die Bürgerstraße 15, wo die ehemalige Voigt-Realschule zur Interimsspielstätte wurde.

4,5 Jahre später legte nun die Verwaltung einen Plan vor, wann und zu welchen Kosten das Otfried-Müller-Haus saniert werden soll. Zwei Anläufe zur Sanierung scheiterten in den vergangenen Jahren, bevor der neue Baudezernent Look alles auf Null stellte und einen dritten Anlauf für die Sanierungspläne nahm, zusammen mit erfahrenen Theaterplanern, der Wolff Gruppe. Es wurde eine Lenkungsgruppe, bestehend aus der Verwaltung, Planern und dem Jungen Theater gebildet, die zielgerichtet einen Raum- und Kostenplan erstellten.

Wie ist der Plan?

Bis Mitte 2026 soll das Otfried-Müller-Haus saniert werden, der Kostenrahmen beträgt 22,5 Millionen Euro. Erfreulich war, dass alle Fraktionen im Bauausschuss dies einstimmig so beschlossen haben. Was nicht in der Vorlage stand, war der entscheidende Punkt, nämlich wer die Kosten tragen wird.

„Es wird also drauf ankommen, dass das Haushaltsbündnis die erforderliche Summe in den Doppelhaushalt 2025/26 bereitstellt, denn erst dann ist wirklich sicher, dass das Otfried-Müller-Haus saniert wird“, stellt der kulturpolitische Sprecher der Göttinger Linke Ratsfraktion Torsten Wucherpennig klar.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich